

IHEU-Mitglieder

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **86 (2001)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Serbien

In Serbien ist der kürzlich zurückgekehrte 60-jährige Prinz Aleksandar zum Hoffnungsträger der Monarchisten geworden. Fast gleichzeitig hat die serbische Regierung per Dekret den Religionsunterricht in den staatlichen Schulen nach 55 Jahren wieder eingeführt. Ab diesem Herbst können die SchülerInnen beziehungsweise deren Eltern entscheiden, ob die Kinder in den ersten Klassen der Grund- und Mittelschulen Religion als Wahlfach nehmen wollen. Alternativ wird Demokratiekunde angeboten. Beide Ereignisse scheinen wesentliche Elemente in der Auseinandersetzung zwischen dem jugoslawischen Präsidenten Kostunica und dem serbischen Präsidenten Djindjic zu sein. Kostunica versucht offenbar, das ideologische Vakuum in der Bevölkerung mit Religion zu füllen, während Djindjic Serbien eigentlich von jeglicher Ideologie zu befreien sucht und parlamentarische Demokratie und

freie Marktwirtschaft anstrebt. Beobachter befürchten, dass Kostunica sich an der Spitze behaupten werde und Serbien sich wieder mittelalterlichen Werten statt der Zukunft zuwenden könnte. Dazu förderlich ist die allgemeine Armut, für die das Volk Djindjic und seine Reformen verantwortlich macht.

taz 7.8.2001

Mazedonien

In Mazedonien bilden Muslime und orthodoxe Gläubige die beiden grössten Glaubensgemeinschaften, daneben gibt es aber noch Katholiken, Juden und Methodisten. Bei den Orthodoxen spielt die Kirche eine ausschlaggebende Rolle für die Konstitution des Nationalbewusstseins: Die Stellung der Kirche definiert die Stellung der Nation entscheidend mit. 1957 war ihr von Staatschef Tito das Prädikat "autokephal" zugestanden worden und damit die Anerkennung als Nation. Die Kirche hat von Beginn der Unabhängigkeit an versucht, sich als Nationalkirche der Mazedonier zu verankern, so in der Verfassung von 1991. Mit den Verfassungsänderungen von 1994, in der die orthodoxe Kirche im Artikel 19 als Nationalkirche anerkannt wird, ist ihr dies gelungen. Seither fordern die islamische Gemeinschaft zusammen mit den Katholiken und den anderen Glaubensgemeinschaften die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften im Staat. Seit Ausbruch der Konflikte versuchen sie zudem, in einer gemeinsamen Resolution auf die Gläubigen einzuwirken, nicht zu den Waffen zu greifen. Anfang Juni dieses Jahres haben sich die Repräsentanten der Kirchen offenbar in Zürich getroffen und tatsächlich eine gemeinsame Resolution mit den Orthodoxen für die Bewahrung des Friedens zu Stande gebracht. Allerdings hätten seither orthodoxe Priester wiederholt Waffen gesegnet. Es sieht aus, als seien die Religionen nicht im Stande, der Dynamik des Krieges entgegenzustehen. Um das Gegenteil zu beweisen, müsste insbesondere die orthodoxe Kirche ihre Position verändern.

taz 30.7.2001

Tschechien

Aus den Zensusdaten 2001 geht hervor, dass 32% der tschechischen Bevölkerung sich zu einer Kirche bekennen (29% zur Römisch-katholischen). Verglichen mit 1991 hat dieser Anteil um 13% abgenommen. Das bedeutet aber nicht, dass die übrigen 68% Atheisten wären, sondern lediglich, dass 68% der Bevölkerung die absolute Gewissensfreiheit in Anspruch nehmen, sich eben zu nichts zu bekennen.

Im 20. Jahrhundert sind Humanisten und Freidenker in Tschechien unterdrückt und in drei Etappen enteignet worden. Währenddem der katholischen Kirche nach der Wende 1989 offenbar sehr grosszügig restituiert worden ist, sind aber die Freidenker bisher leer ausgegangen. Die tschechischen Freidenker weisen darauf hin, dass in Tschechien freidenkerische Vereinigungen und Kirchen nicht gleich behandelt werden:

- Kirchen sind dem Departement für Kultur zugeordnet, freidenkerische Organisationen dem Departement für innere Angelegenheiten.
- Mehr als zwei Drittel der Ausgaben der Kirchen (Schulen, Universitäten, Kultusgebäude, soziale Aktivitäten) werden via Steuern von Konfessionslosen bezahlt.
- Angebote für Konfessionslose sind auch in den Medien praktisch inexistent, während sich kirchliche Angebote ausbreiten, wodurch die ganze Gesellschaft einer staatlich finanzierten Indoktrination ausgesetzt ist.
- Eine Mehrheit der BürgerInnen wird also diskriminiert und bezahlt diese Diskrimination mit Steuergeldern.
- Staatliche Stellen, insbesondere das Kulturdepartement, lehnten Gleichstellungsansprüche der Konfessionslosen bisher ab.
- Derzeit sind Gesetze in Vorbereitung, welche den privilegierten Status der Römisch-katholischen Kirche weiter festigen werden.

Die tschechischen Freidenker fordern die Eliminierung dieser Ungleichbehandlung noch vor dem Beitritt Tschechiens zur EU. rc

Auszüge aus einem Referat von Josef Haubelt und Frantisek Fabian, Delegierte der tschechischen Freidenker an einer IHEU-Tagung im Sommer 2001

Fristenregelung



Freidenkerspende 2001

Spenden auf das FVS-Spenden-Konto
PC 90 -197500 - 0
 werden bis Ende Dezember zu Gunsten der **Schweizerischen Vereinigung für einen straflosen Schwangerschaftsabbruch SVSS** entgegengenommen.